

A N T R A G

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,
Marco Schulz, Olga Petersen und Thomas Reich (AfD) vom 22.11.2023**

**Betr.: Baustellenchaos vermeiden – Umbaumaßnahmen von Rodigallee und
S4-Ausbau im Kernbereich Wandsbek nicht zeitgleich durchführen!**

Der Senat hat vor, die Anzahl der für Autos nutzbaren Fahrspuren auf der Rodigallee von 4 auf 2 zu halbieren. Als Argument dafür, dass diese Spurverengung durchführbar sei, ohne dass es auf der Rodigallee künftig regelmäßig zu Staubildungen kommt, führt der Senat an, dass durch die in Zukunft fertiggestellte S4 sowie zusätzliche Expressbuslinien ins Hamburger Umland eine entsprechende Verlagerung der Verkehrslast hin zu dem ÖPNV erfolgen würde. Die S4 wird jedoch laut Angaben des Senats erst ab 2027, in Gänze sogar erst ab 2029 in Betrieb gehen. Darüber hinaus ist das Zahlenmaterial, aus dem der Senat den tatsächlichen Fahrspurbedarf ableitet, nur bedingt aussagekräftig, da eine Unterscheidung nach Pendlern und sonstigen Autofahrern sowie deren Herkunft überhaupt nicht erfasst wurde. Die Bürgerinitiative „Rettet die Rodigallee“ befürchtet zu Recht, dass durch die geplanten Umbaumaßnahmen

- „- *mehr Staus*
 - *mehr Ausweichverkehre in die angrenzenden Wohngebiete*
 - *höherer CO2-Ausstoß*
 - *Konflikte zwischen Bus und Radfahrern*
 - *Wegfall von Parkmöglichkeiten*
 - *Fällung von alten Bäumen*
 - *Erschwertes Durchkommen für Rettungswagen*
 - *Verdrängung der Pendler aus Schleswig-Holstein und hohe Baukosten“*
- entstehen.

Diese Befürchtungen decken sich mit der Beurteilung der AfD-Fraktion. Insbesondere unter dem Aspekt, dass Politik für die Bedürfnisse der Bürger und nicht gegen diese gestalten muss, sind die geplanten Maßnahmen unter den gegebenen Umständen unverhältnismäßig. Um mit ausreichender Sicherheit beurteilen zu können, ob die geplante Spurreduzierung dem künftigen Verkehrsaufkommen gerecht werden kann, muss daher abgewartet werden, wie sich der geplante Ausbau des ÖPNV, durch die zusätzlichen Expressbuslinien sowie die S4, auf dieses auswirkt. Insbesondere in Betracht auf die derzeit vorgesehenen Baumfällungen muss darüber hinaus eine alternative Straßenplanung erfolgen, die den Erhalt dieser für das Stadtklima so wichtigen alten Bäume ermöglicht.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert

1. Die Umbaumaßnahmen der Rodigallee bis nach Abschluss des S4-Teilstreckenausbaus im Kernbereich Wandsbek auszusetzen,
2. zwischenzeitlich eine alternative Straßenplanung für die Rodigallee zu erstellen, die den Erhalt der vorhandenen Bäume fokussiert,
3. zwischenzeitlich eine erneute Verkehrserhebung – außerhalb der Ferienzeit - auf und im Umfeld der Rodigallee durchzuführen und dabei besonders den Anteil sowie der Herkunft des Pendelverkehrs zu untersuchen,
4. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2024 zu berichten.